

# **Europas Zukunft sichern. Baden-Württemberg stärken.**

## **Europa im internationalen Wettbewerb**

Baden-Württemberg liegt in der geografischen Mitte Europas und ist zugleich das ökonomische und industrielle Herz des Kontinents. Für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand ist die Europäische Union (EU) von herausragender, von existentieller Bedeutung. Krisen, Kriege und Konflikte und das Anbrechen einer neuen Weltordnung verlangen nach einer starken europäischen Antwort – mehr denn je. Als eine der wirtschaftsstärksten und innovativsten Regionen des Kontinents wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die EU ein Garant für Freiheit, Frieden und Wohlstand bleibt und im Wettbewerb der Großmächte die Interessen Europas sichert.

Wir leben in einer Welt im Wandel. Die westliche Welt, die Verteidigungsgemeinschaft NATO und die globale Vormachtstellung der USA sowie die damit verbundene Sicherheit und Stabilität für Europa werden mannigfach herausgefordert. Die EU muss sich für einen wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Wettbewerb und eine veränderte internationale Ordnung rüsten. Für Baden-Württemberg mit seiner exportorientierten Wirtschaft, seinen weitreichenden internationalen Handelsbeziehungen und seiner zentralen geografischen Lage ist das von besonderer Bedeutung.

## **Werte**

Im Konflikt der Systeme treten wir ein für unsere europäischen Werte. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundlagen unseres Staatsverständnisses und prägen die EU. Sie müssen von allen EU-Mitgliedsstaaten glaubwürdig umgesetzt werden. Dafür werben wir, setzen unsere internationalen Kontakte ein und unterstützen entsprechende Reformen, wie z. B. im Rahmen der Donaauraum-Strategie.

Gleichzeitig lehnen wir eine deutsche Außenpolitik des erhobenen Zeigefingers, ein Auftreten Deutschlands als Lehrmeister ab. Im Umgang mit Partnerländern außerhalb der EU halten wir eine pragmatischere und interessengeleitete Außenpolitik für erforderlich, um eine Annäherung zu erreichen und den Einfluss Chinas und Russlands im Umfeld der EU zu reduzieren. Sie muss als gemeinsame Außenpolitik der EU angestrebt werden, um im globalen Raum Gewicht zu haben.

Innerhalb der EU sehen wir die Förderung von Kultur und Fremdsprachenkenntnissen sowie den Austausch auf Ebene der Kommunen und der Zivilgesellschaft als wichtige Hebel zur Verständigung und zur Integration an. Vor diesem Hintergrund lehnen wir auch die Schließung von Goethe-Instituten in Frankreich durch die Bundesregierung ab. Vielmehr brauchen wir doch gerade jetzt ein Mehr an Austausch zwischen den Staaten. Mitentscheidend ist dafür den Erwerb der Partnersprache, wie dies auch im Élysée-Vertrag verankert ist und 2019 im Vertrag von Aachen erneut bekräftigt wurde. Gerade die deutsch-französischen Beziehungen waren zuletzt viel zu oft von Sprachlosigkeit geprägt.

Der 60. Jahrestag zum Abschluss des Élysée-Vertrages sollte Anlass sein, die Antriebsmotoren Frankreich und Deutschland wieder stärker laufen zu lassen. Gerade Baden-Württemberg, nachbarschaftlich engstens mit Frankreich verbunden, kann mit Partnerschaften, kommunal und regional, diesen Prozess aktiv begleiten. Begegnungen und Dialoge sollten seitens des Landes unterstützt und prämiert werden. Die gemeinsamen Programme und Projekte am Oberrhein sollen evaluiert und zukunftsfähig ausgestattet werden. Einmal im Jahr sollten Berichte aus dem Oberrheinrat und der Oberrheinkonferenz auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Landtages.

Wir wollen einen Booster für Städte- und Kommunalpartnerschaften, die ganz wesentlich sind für eine niederschwellige Annäherung und Verständigung. Dazu wollen wir insbesondere kleinere Kommunen über Ankerpartnerschaften unterstützen.

Besondere Bedeutung messen wir auch Jugendprojekten bei und setzen auf den stärkeren Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden, weil es für die europäische Integration entscheidend auf die europäische Jugend ankommt.

## **Wohlstand**

Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt mit 27 Staaten, rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern sowie einem EU-Bruttoinlandsprodukt von rund 15,8 Billionen Euro im Jahr 2022. Gleichzeitig sind die Herausforderungen des digitalen, ökologischen und demografischen Wandels riesig. Wir müssen die EU als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten stärken.

Dazu muss neben die bewährte Kohäsionspolitik zur Stärkung strukturschwacher Regionen eine strategische Industrie- und Infrastrukturpolitik treten, die gezielt die starken europäischen Wirtschaftsregionen wie Baden-Württemberg fördert. Deshalb setzen wir uns für flexiblere Beihilferegulungen und gezielte Förderprogramme ein, die die bisherige Benachteiligung wirtschaftsstarker Regionen beenden. Das Netzwerk der „Vier Motoren für Europa“ ist für uns dabei ein entscheidender Baustein.

Zur Reduzierung internationaler Abhängigkeiten gilt es, die EU gezielt zu reindustrialisieren sowie Wertschöpfungs- und Lieferketten, insbesondere auch in der Landwirtschaft, resilienter zu machen. Dazu ist eine aktive europäische Industriepolitik zur Stärkung und Weiterentwicklung der Schlüsseltechnologien erforderlich. Für die EU-Gesetzgebung muss das Prinzip der Technologieoffenheit gelten. Das Subsidiaritätsprinzip muss bei der EU-Gesetzgebung strikter beachtet werden, um der Unterschiedlichkeit der Mitgliedsstaaten gerecht zu werden und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Die EU soll also nur dann regeln, wenn nicht auch Regelungen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten geeignet sind, das gesetzte Ziel zu erreichen. Zur Diversifizierung der Handelsbeziehungen müssen weitere Freihandelsabkommen mit wichtigen Wirtschaftspartnern abgeschlossen werden.

Um Unternehmen in Baden-Württemberg und der EU zu halten und neu anzusiedeln, muss Bürokratie schnell und umfassend abgebaut werden. Überregulierung ist zu einem echten

Standortnachteil, zu einer Investitions- und Innovationsbremse geworden und schadet unserer Wirtschaft wie auch Forschung und Entwicklung. Das gutgemeinte Engagement etwa für Klima-, Umwelt-, Daten- oder Arbeitnehmerschutz – wie etwa zuletzt beim EU-Lieferkettengesetz – darf wirtschaftliche Betätigung, darf technischen und wissenschaftlichen Fortschritt nicht erdrücken. Europäische Normsetzung darf nicht zu einem Wohlstandrisiko für die Menschen in Europa werden. Bei der Reform der EU-Gebäuderichtlinie stand über Monate ein Sanierungszwang im Raum, der hunderte Milliarden Euro gekostet und bei hunderttausenden von Immobilien zu einem dramatischen Wertverlust geführt hätte. Solche regulatorischen Übertreibungen darf es nicht mehr geben.

Wir sprechen uns für einen Bürokratiestopp und ein Belastungsmoratorium aus. Die Dokumentations- und Berichtspflichten müssen deutlich reduziert werden. Wir brauchen einen unabhängigen EU-Normenkontrollrat, der bei EU-Vorhaben zwingend zwischengeschaltet und verpflichtend beteiligt werden muss. Die regelmäßig erlebte deutsche Übererfüllung von EU-Normen müssen wir beenden.

Bei der Planung, Genehmigung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben müssen alle Regelungen auf den Prüfstand, um die Verfahrensdauer zu verkürzen. Dies gilt ganz besonders auch für grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen.

Überregulierung behindert auch die für die effektive Begrenzung des Klimawandels unabdingliche Entwicklung neuer Technologien. Stattdessen brauchen wir gute und wirkungsvolle Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale Produktion. Dazu gehört eine verlässliche Versorgung mit klimaneutral produziertem Wasserstoff, der Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene, Möglichkeiten des klimaneutralen Transports, besser ausgebaute Stromtrassen sowie die Erlaubnis für die Carbon Capture and Storage-Technologie (CCS). Dies alles muss national wie ebenso europäisch gedacht und angelegt werden. Insbesondere müssen die beiden Delegierten Rechtsakte zur Richtlinie für erneuerbare Energien (RED II und III) dringend überarbeitet und deren Erfordernisse mindestens stark abgeschwächt werden.

In den nächsten fünf Jahren geht es weniger darum, neue europäische Vorgaben in Kraft zu setzen. Viel wichtiger ist es, Vorgaben außer Kraft zu setzen bzw. in ihrer fortschritts-hemmenden Wirkung deutlich zu reduzieren. Entwicklungen von innovativen Ansätzen im Klimaschutz (etwa grüner Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und CCS sowie Carbon Capture and Utilization (CCU)) dürfen nicht blockiert werden, weil bereits heute – also noch vor der Entwicklung – alle Vorgaben wie im Endausbau vorausgesetzt werden. Zudem muss es bei großen Investitionen der Wirtschaft in moderne Klimaschutzanlagen ausreichend Zeit zur Amortisierung geben.

Wir wollen Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in Europa stärken. Die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu transformieren, müssen deutlich verbessert werden. Forschung und Innovation spielen bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wie z. B. Gesundheit und Klimawandel eine zentrale Rolle. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, sind Zukunftsthemen wie KI, Big

Data, Quantencomputing, Lebenswissenschaften etc. von der EU deutlich stärker zu fördern. Wissenschaft, Forschung und Innovation müssen ein Schwerpunkt der Haushaltspolitik der EU werden. Den europäischen Universitätsverbund Eucor werden wir in den kommenden Jahren weiter stärken und zu einem starken Forschungscluster ausbauen.

Vertiefte europäische Kooperation leistet einen wichtigen Beitrag für eine bestmögliche Gesundheitsversorgung auch in Deutschland und in Baden-Württemberg. Wir unterstützen deshalb das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie die Europäische Gesundheitsunion für eine bessere Gesundheitssicherheit und Krisenvorsorge. Wir brauchen zudem einen grenzüberschreitenden Austausch von Gesundheitsdaten im Rahmen eines Europäischen Gesundheitsdatenraums für eine bessere Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie zu Forschungszwecken unter Beachtung der Datensouveränität.

Für den Wohlstand in der EU und im Sinne der sozialen Marktwirtschaft ist eine Harmonisierung von sozialen Mindeststandards unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips in Europa anzustreben. Insbesondere müssen die Sozialstandards bei der Versorgung von Migrantinnen und Migranten angeglichen werden, um eine faire Verteilung der Migration zu verbessern. Unverhältnismäßige Belastungen einzelner Mitgliedstaaten gilt es zu verhindern.

Europa muss eine echte Union der Stabilität und des Wachstums bleiben. Dazu gehört eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik. Eine Vergemeinschaftung von Schulden und Haushaltsrisiken lehnen wir kategorisch ab. Jeder Staat muss für seine Verschuldung selbst verantwortlich bleiben. Die Regelungen der EU zur finanzpolitischen Solidität, insbesondere die Maastrichtkriterien, dürfen auch zukünftig nicht aufgeweicht werden. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine stabile Währung und eine niedrige Inflation ist. Dazu bedarf es einer soliden Finanzpolitik in allen EU-Mitgliedsländern. Die Aufnahme von Schulden durch die EU selbst ist ebenfalls einzuschränken.

## **Sicherheit**

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur NATO. Wir Europäer müssen darüber hinaus aber selbst für unsere Interessen und unsere Sicherheit eintreten können. Die Friedenssicherung, nach den verheerenden Weltkriegen zentrales Motiv für die europäische Verständigung, ist wieder ganz in den Vordergrund gerückt. Es geht im Lichte des verbrecherischen Angriffskrieges der russischen Diktatur um eine neue europäische Friedensordnung aber auch um die gemeinsame Gestaltungskraft der EU für eine friedenssichernde, regelbasierte Weltordnung. Der Krieg gegen europäische Werte hat alle Staaten der EU auf ihre gemeinsame Verteidigungsfähigkeit besinnen lassen und zu mehr Anstrengungen für äußere Sicherheit im Rahmen der Nato motiviert.

Wir brauchen eine strategischere und stringendere gemeinsame Außenpolitik und sprechen uns daher für die stärkere Anwendung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) aus.

Durch mehr gemeinsame militärische Entwicklung und Beschaffung, gemeinsame Ausbildung und mehr gemeinsame militärische Fähigkeiten sowie durch eine gemeinsame Abschreckung müssen wir eine echte Verteidigungsunion schaffen. Ebenfalls müssen gemeinsame Entscheidungen über Exporte von Verteidigungsgütern und die Sicherstellung einer leistungsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie angestrebt werden.

Für den Schutz der europäischen Außengrenzen und für eine Ordnung und Begrenzung von Migration ist der Auf- und Ausbau von FRONTEX zu einer Europäischen Grenzpolizei mit europäischem Personal erforderlich – ohne dabei die Möglichkeiten der Mitgliedsstaaten zu einem temporären Grenzschutz in Krisenzeiten zu schmälern. Dazu müssen rechtliche Kompetenzen angepasst sowie personelle und technische Ausstattung verbessert werden, um eine Standardisierung des Grenzschutzes, der Ein- und Ausreisekontrolle, der Identitätsfeststellung und der Anerkennungsverfahren an den Außengrenzen zu gewährleisten.

Wir begrüßen die Einigung der EU zur Verschärfung der Asylvorschriften ausdrücklich und dringen auf eine zügige und unbürokratische Umsetzung der Beschlüsse. Dass Asylverfahren für Geflüchtete mit einer Anerkennungsquote von unter 20 % nunmehr an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden sollen, ist ein wichtiger Schritt zur Ordnung und Begrenzung der illegalen Migration und zur sicheren Feststellung der Identität ankommender Menschen. Auch wenn damit einige unserer zentralen Forderungen umgesetzt werden, fehlen für einen echten Durchbruch noch weitere Eckpfeiler. So treten wir für eine deutlich ausgeweitete, europaweite Liste sicherer Herkunftsstaaten und die weitere Verbesserung der Voraussetzung für Asylverfahren in Drittstaaten ein.

Die Verhinderung von terroristischen Anschlägen hat für uns weiterhin oberste Priorität. Wir sehen diese Aufgabe insbesondere auch eingebettet in einen europäischen Kontext und bekennen uns zu einer grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit zur Abwehr terroristischer Gefahren. Bestehende Strukturen zur europäischen Zusammenarbeit wollen wir stärken und dort, wo es notwendig ist, weiterentwickeln. Gemeinsame Zentren zur Optimierung der operativen Bund-Länder-Zusammenarbeit – insbesondere das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) und das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) – haben sich in der Bundesrepublik bewährt und sind aus der Sicherheitsarchitektur nicht mehr wegzudenken. Derartige Zusammenarbeitsformen, gerade auch unter Einbindung der Bundesländer, können insbesondere auch auf europäischer Ebene als mögliches Vorbild zur Schaffung entsprechender Strukturen dienen.

Wir setzen uns dafür ein, europaweit den Kinderschutz zu verbessern. Dafür brauchen wir u. a. den Aufbau eines EU-Zentrums zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen sowie von Kinderpornographie unter Einbindung der Betroffenenräte der Mitgliedstaaten sowie europaweite Aufklärungs- und Präventionskampagnen in allen Sprachen inklusive Leichter Sprache und idealerweise in Zusammenarbeit mit Plattform-Anbietern.

In Zusammenhang damit machen wir uns auch dafür stark, auf europäischer Ebene eine grundrechtskonforme Regelung zur Speicherung und zum Abruf von telekommunikationsbezogenen Verkehrs- und Standortdaten zu schaffen.

## **Traum, Hoffnung, Notwendigkeit**

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Diesen Worten Konrad Adenauers fühlen wir uns auch heute verpflichtet und in diesem Geist setzen wir uns für eine gemeinsame Zukunft in Europa ein – für ein Europa, das unsere Werte, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in einer Zeit des Wandels garantiert und in dem sich unser Land Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger gut entwickeln können.

Dazu wollen wir unseren Beitrag zu einer Fortentwicklung der EU leisten und dabei gerade auch grundsätzliche Bemühungen unterstützen, die die Funktions- und Handlungsfähigkeit der EU etwa im Bereich der Abstimmungsverfahren verbessern und zur Behebung des Demokratiedefizits beitragen. So sollte die Abstimmung des Rats mit qualifizierter Mehrheit, die die Bevölkerungszahl in den Mitgliedsstaaten berücksichtigt, weiterentwickelt werden. Der demokratische Grundsatz „one man, one vote“ und damit die Wahlrechtsgleichheit sollte auch beim Europäischen Parlament stärkere Berücksichtigung finden. Wir sprechen uns nachdrücklich dafür aus, dass der Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg bleibt und Straßburg als Europastadt gestärkt wird. Um den Austausch zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen zu stärken, wollen wir die Entsendung von Beschäftigten der Landesverwaltung und der Kommunalverwaltungen an Institutionen der EU verbessern und ausbauen.